

# STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER  
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!  
FREI UND UNENTGELTLICH  
INSPIRIEREND  
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,  
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!  
WELTGESCHEHEN UNTER  
DER VOLKSLUPE  
S&G



## HAND-EXPRESS



Medienmüde? ...  
... dann Informationen von ...  
[www.KLAGEMAUER.TV](http://www.KLAGEMAUER.TV)  
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



### DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 61/15: SONDERAUSGABE SCHWEIZ-EU ~

#### INTRO

Die Schweiz steht mit der EU in Verhandlungen über einen Rahmenvertrag. Laut Bundesrat sei dieser Vertrag eine „Erneuerung des bilateralen Weges“. „Bilateral“ bedeutet, dass die Schweiz und die EU als Partner miteinander auf gleicher Augenhöhe Verhandlungen führen. Der Rahmenvertrag fordert von der Schweiz jedoch eine automatische Übernahme jeglichen EU-Rechts. Da ist nicht mehr die Rede von Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern. Die Schweiz hätte vielmehr, einem unterworfenen Staat oder einer Kolonie vergleichbar, widerspruchlos hinzunehmen, was Brüssel einseitig befiehlt. Eine solche Unterwerfungshaltung wäre demnach das Ende und nicht eine „Erneuerung“ oder „Wiederbelebung“ des bilateralen Weges. Der von Brüssel geforderte Rahmenvertrag ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag, welcher die Schweiz der EU gegenüber all ihrer Souveränität und direkten Demokratie beraubt. Dass dies vom Bundesrat in der Öffentlichkeit nicht klar kommuniziert wird, grenzt an Betrug und Irreführung des Volkes! Der Rahmenvertrag kommt einem schleichenden EU-Beitritt gleich und muss als Angriff auf das letzte souveräne Land in Europa angesehen werden. Folgende Auszüge aus Nigel Farage's Rede im Europaparlament zeigen klar auf, was die Schweiz als EU-Mitglied zu erwarten hätte.

[1]

Die Redaktion (brm.)

#### Tiefpunkt demokratischer Mitbestimmung

**mh./rs.** In seiner Rede vom 27. Oktober 2015 vor dem EU-Parlament sagte Nigel Farage, Vorsitzender der UKIP\*, dass in der EU bei jeder Krise die nationale Demokratie an Bedeutung verliere, während die EU stetig mehr Autorität ausübe. Jüngstes Beispiel sei Portugal. Die Wähler gaben am 4.10.2015 den linken Parteien, die gegen die von Brüssel diktierten Sparmaßnahmen sind, eine deutliche Mehrheit. Dennoch weigerte sich Prä-

sident Aníbal Cavaco Silva, den linken Parteien den Regierungsauftrag zu geben. Silva begründete es damit, dass er EU-Skeptiker nicht an die Macht lasse. Für Farage sei dies ein erneuter Tiefpunkt der nationalen Mitbestimmung des Volkes in der EU. Ein Land innerhalb der EU habe offensichtlich nur dann demokratische Rechte, wenn es sich positiv zum EU-Projekt stelle. Wenn nicht, dann werden ihm diese Rechte weggenommen. Jean-

Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, habe klar verlauten lassen, „es wird keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben“. Und der deutsche Finanzminister, Wolfgang Schäuble, sagte: „Wahlen ändern gar nichts. Es gibt Regeln!“ Mit derartigen Aussagen entpuppt sich die EU-Führung zunehmend als diktatorisches Machtgefüge über die einzelnen EU-Staaten! [2]

\*Britische Unabhängigkeitspartei

#### Die EU-Politik: Die moderne Umsetzung der Breschnew-Doktrin?

**hm./aa.** Nigel Farage bezeichnete in seiner Rede die EU-Politik auch als die moderne „Implementierung“ (Umsetzung) der Breschnew-Doktrin. Die Breschnew-Doktrin wurde am 12. November 1968 vom sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew ausgerufen. Sie ging von der „beschränkten Souveränität“ der sozialistischen Staaten aus und

leitete daraus das Recht ab, einzugreifen, wenn in einem dieser Staaten der Sozialismus bedroht würde. Im Klartext bedeutete dies die absolute Autorität der sowjetischen Führung zulasten einer völligen Entmündigung und somit Entmachtung der Teilrepubliken. Das gleiche Muster zeigt sich immer mehr auch in der EU: In Italien und Griechenland wur-

den die vom Volk gewählten EU-kritischen Regierungen kurzerhand beiseite gesetzt. Nigel Farage beendete seine Rede damit, dass man in der Breschnew-Doktrin nur das Wort „Sozialismus“ durch „Europäische Union“ ersetzen müsse. Der Inhalt der Doktrin stimme haargenau mit der EU-Politik überein.

[3]

**„Das Europäische Parlament ist unendlich weit weg von den Bürgern und die Kommission ein technokratisches Gebilde. Im nationalen Rahmen ist das etwas schwieriger. Die Schweiz ist doch ein wunderbares Beispiel, wie direkte Demokratie funktioniert. Wäre die Schweiz Mitglied der EU und der Eurozone, könnten die Bürger über vieles gar nicht mehr abstimmen.“**

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der deutschen Partei Die Linke

#### Güter- und Dienstleistungsaustausch mit der EU verliert an Bedeutung

**asc.** Der Schweizer Bundesrat und die Wirtschaftsverbände wollen der Öffentlichkeit immer wieder vermitteln, dass die bilateralen Verträge mit der EU für die Schweiz eine Existenzfrage seien. Tatsache ist jedoch, dass der Schweizer Güter- und Dienstleistungsaustausch mit der EU laufend an Bedeutung verliert, während derjenige mit der übrigen Welt immer wichtiger wird.

Seit Inkrafttreten der Bilateralen I\* im Juni 2002 bis ins Jahr 2014, gingen die Exporte der Schweiz in die Länder der Europäischen Union gesamthaft von 63 auf 45 Prozent kontinuierlich zurück. Diese Entwicklung spiegelt die Tatsache, dass die wirtschaftlich eher stagnierende EU weltweit laufend an Gewicht verliert. Die Zukunftsmärkte liegen also auch für die Schweiz in Fernost, in

Süd- und Nordamerika und weniger im von der EU bürokratisierten Europa. [4]

\*Das sind die sieben Abkommen über die Personenfreizügigkeit, die Beseitigung technischer Handelshemmnisse, bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens, den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, den Landverkehr, den Luftverkehr und über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (Forschungsabkommen).

Quellen: [1] [http://eu-no.ch/news/rahmenvertrag-nicht-erneuerung-vielmehr-zerstoerung-des-bilateralen-wegs\\_89](http://eu-no.ch/news/rahmenvertrag-nicht-erneuerung-vielmehr-zerstoerung-des-bilateralen-wegs_89) [2+3] <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2015/10/eu-ist-die-moderne-umsetzung-der.html> | [www.youtube.com/watch?v=QBBwhJx11Bc](http://www.youtube.com/watch?v=QBBwhJx11Bc) [4] [http://eu-no.ch/news/sein-oder-nichtsein-fuer-die-schweiz\\_90](http://eu-no.ch/news/sein-oder-nichtsein-fuer-die-schweiz_90)

**Virenwarnung!** Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

**Sie haben eine wichtige Info?** Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an [SuG@infopool.info](mailto:SuG@infopool.info)

**Rahmenvertrag gefährdet Schweizer Tierschutzrecht**

**am.** Wie nachstehender Vergleich zeigt, hätte ein Abschluss des Rahmenvertrags auch kata-

strophale Auswirkungen auf das Schweizer Tierschutzrecht. [5]

Schweiz	EU
Transportzeit max. 6 Std.	Transportzeit von 30 Std. sind nicht selten, auch in engen Containern per Schiff
Transport orientiert sich an der Würde des Tieres	Wegen kostengünstiger Schlachtung Transporte auch nach Nordafrika
Haltung, Transport, Schlachtung transparent	Haltung, Transport, Schlachtung unter Ausschluss der Öffentlichkeit
Verbindung zwischen Mensch und Tier	Entfremdung zwischen Mensch und Tier
Art- und tiergerechte Haltung	Tier ist lediglich eine Ware

**Scharfer Angriff auf Selbstbestimmungsinitiative**

**mb./br.** Die Schweizerische Volkspartei (SVP), lancierte im März 2015 die Selbstbestimmungsinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ auch „Landesrecht vor Völkerrecht“ genannt. Diese fordert, dass in der Schweiz die Stimmbürger selbst entscheiden sollen, welches Recht in der Schweiz gelten soll. In den letzten Jahren schlich sich nämlich zunehmend die Gewohnheit ein, vermeintliches Völkerrecht über Landesrecht zu stellen. Diesem Umstand will die Initiative den Riegel vorschieben und dadurch die direkte Demokratie in der

Schweiz verteidigen. Doch genau diese in der Schweizer Verfassung verankerte direkte Demokratie wird immer schärfer angegriffen. Dabei bleiben auch Vergleiche mit dem Nationalsozialismus nicht aus. Am 9.11.15 äußerte sich der Wiener Autor Robert Menasse dazu folgendermaßen: „Die Schweizer Initiative ‚Landesrecht vor Völkerrecht‘ ist der größte Skandal seit der Nazizeit.“ Steht denn die Schweizer Initiative im Widerspruch zum geltenden Völkerrecht, wie es Menasse behauptet? Die sogenannten zwingenden Bestim-

**EU plant Überwachung von intoleranten Bürgern**

**no.** Der Europäische Rat für Toleranz und Versöhnung ECTR, hat dem EU-Parlament einen Vorschlag zur Bekämpfung von Intoleranz vorgelegt. Insbesondere geht es darum, Fremdenfeindlichkeit, ethnische Diskriminierung, religiöse Intoleranz, Antisemitismus und Antifeminismus zu bekämpfen. Verstöße dagegen müssten, wie gefährliche Körperverletzung, als qualifizierte Straftat behandelt werden. Was auf den ersten Blick positiv

sein mag, kann auch in das genaue Gegenteil verkehrt werden. Kritiker sagen, der Entwurf beinhaltet eine Vielzahl unklar definierter Begriffe und fordere die staatliche Überwachung von Bürgern und privaten Organisationen, die als „intolerant“ gelten. Die Erziehung zur Toleranz soll sich bereits von der Grundschule, über alle Ausbildungsebenen, einschließlich der Universitäten, ziehen. Mediale Unterstützung dieser Erziehung erfolgt durch

**Ausplünderung der Steuerzahler in der EU**

**rs.** Die jetzt noch zahlungsfähigen Länder in der Eurozone wie Deutschland, genaunommen deren Steuerzahler, müssen für die maßlos überschuldeten Länder wie Griechenland aufkommen. Als Nichtmitglied der Eurozone ist die Schweiz in das „ESM\*-Sanierungs-System“ zu lasten der Steuerzahler nicht eingebunden. Die gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gesprochenen zweistelligen Milliarden Garantien würden zwar auch die Schweiz infolge von Staatskollapsen in der Eurozone treffen. Hält sich die mungen des Völkerrechts werden von der Selbstbestimmungsinitiative gar nicht in Frage gestellt. In der Schweiz bleibt unbestritten, dass diese zwingenden Bestimmungen Folgendes umfassen: Verbot der Folter, des Völkermordes, des Angriffskrieges, der Sklaverei und dem Verbot der Rückschiebung in einen Staat, in welchem Tod oder Folter drohen. Somit entspricht diese Initiative voll dem geltenden Völkerrecht wie auch dem in der UN-Charta festgeschriebenen Selbstbestimmungsrecht der Völker. [7]

Schweiz indessen weiterhin der EU fern, werden Schweizer Steuerzahler zumindest weit weniger getroffen als die Steuerzahler der Euroländer. [6]

\*Europäischer Stabilitäts-Mechanismus, der überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Kredite und Bürgschaften unterstützen soll, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern. Für das anfängliche Stammkapital des ESM von 700 Milliarden Euro und weitere Kapitalerhöhungen tragen die einzelnen Euroländer prozentual aufgeteilt die Kosten.

**Schlusspunkt •**

*„Was mich an der EU am meisten stört, ist, dass sie uns ein neues Menschenbild verpassen will. [...] Alles Spezielle, also das Geschlecht, der religiöse Glaube, die Hautfarbe oder ein über dem statistischen Durchschnittswert liegendes Körpergewicht hat zu verschwinden. Künftig ist nur noch eine graue Schablone der Toleranz zugelassen. Doch Vorsicht! Eine Toleranz, die sich für allgemeingültig erklärt, schlägt in ihr Gegenteil um. Wer auf diesen Widerspruch hinweist, riskiert heute seinen Ruf, später wohl sein Leben. Die Toleranzschablone wird die letzten Individuen gnadenlos jagen und ausmerzen.“*

*Thomas Hürlimann, Schweizer Schriftsteller und Dramatiker.*

*Wenn wir uns nicht in diese Toleranzschablone stecken lassen wollen, kommen wir nicht darum herum, uns mit solcherlei Fakten zu konfrontieren. Je mehr Menschen dies tun und sich miteinander verbinden, desto eher kann diesen menschenverachtenden Plänen ein Ende bereitet werden. Die Redaktion (brm.)*

Rundfunk, Fernsehen und Printmedien. Jugendliche, welche nicht den EU-Vorgaben für „Toleranz“ entsprechen, sollen umerzogen werden. Zur Durchsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sollen in jedem EU-Staat entsprechende Körperschaften eingerichtet werden. Falls dieses Vorhaben tatsächlich in Kraft gesetzt wird, würde das Recht auf freie Meinungsäußerung in Europa noch rigoroser eingeschränkt werden.. [8]

**Quellen:** [5] Zeitschrift „Schweizerzeit“ Nr. 4, 27.2.2015 [6] [http://eu-no.ch/news/linke-nimmt-auspluenderung-der-steuerzahler-hin\\_54](http://eu-no.ch/news/linke-nimmt-auspluenderung-der-steuerzahler-hin_54) | [www.kla.tv/6637](http://www.kla.tv/6637) | [7] [www.basellandschaftlichezeitung.ch/kultur/buch-buehne-kunst/landesrecht-vor-voelkerrecht-ist-der-groesste-skandal-seit-der-nazi-zeit-129714624](http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/kultur/buch-buehne-kunst/landesrecht-vor-voelkerrecht-ist-der-groesste-skandal-seit-der-nazi-zeit-129714624) | [www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=news/angriff\\_auf\\_die\\_menschenrechte-2164](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=news/angriff_auf_die_menschenrechte-2164) | [www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=news/denkfehler\\_der\\_voelkerrechtsadvokaten-2204](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=news/denkfehler_der_voelkerrechtsadvokaten-2204) | [www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/selbstbestimmungsinitiative/argumentarium/#01](http://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/selbstbestimmungsinitiative/argumentarium/#01) [8] <http://www.heise.de/tp/news/Intolerantes-Toleranzpapier-2014716.html> | [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/libe/dv/11\\_revframework\\_statute/11\\_revframework\\_statute\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/libe/dv/11_revframework_statute/11_revframework_statute_en.pdf)

**Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!**

*Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.*

**Impressum:** 20.11.15

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

**Verantwortlich für den Inhalt:**

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.  
**Redaktion:**  
Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

**Auch in den Sprachen:** ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage  
**Abonnentenservice:** [www.s-und-g.info](http://www.s-und-g.info)  
**Deutschland:** AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen  
**Österreich:** AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan  
**Schweiz:** AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein